



GAZA-STREIFEN
Hamas in Finanznot

Schmuggler im Tunnel

schon 95 Prozent jener Tunnel zerstört oder abgeriegelt, die Gaza mit Ägypten verbinden. So wollen die Militärs verhindern, dass die Islamisten Kämpfer und Waffen zwischen Gaza und Ägypten hin- und herbewegen. Die Tunnel aber sind überlebenswichtig für die Hamas. Durch sie läuft nicht nur der militärische Nachschub für die Miliz, Schmuggler bringen zudem Lebensmittel, Treibstoff und Baumaterial unterirdisch in den Gaza-Streifen. Und die Hamas finanziert sich zu einem erheblichen Teil durch den Wegezoll, den sie dafür kassiert. Auch die Bevölkerung leidet inzwischen unter der Blockade: Es mangelt vor allem an Treibstoff. Ein Großteil des Benzins gelangte bisher über Ägypten in das Palästinensergebiet. Derzeit stehen Menschen Schlange vor den Tankstellen, die Haushalte haben bis zu 14 Stunden pro Tag keinen Strom. Alaa al-Rafati, zuständiger Hamas-Minister, behauptet, dass die Wirtschaft monatlich rund 225 Millionen US-Dollar einbüßt. Im Bausektor hätten inzwischen fast 50 000 Menschen ihren Job verloren.

PAOLO PELLEGRIN / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Seit das ägyptische Militär den islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi gestürzt hat, gerät auch die regierende Hamas im benachbarten Gaza-Streifen in Schwierigkeiten. Denn im Norden

des Sinai, nahe der Grenze zu Gaza, greifen islamistische Terroristen immer wieder ägyptische Armee- und Polizeiposten an. Deshalb hat die ägyptische Armee nach eigenen Angaben inzwi-

BULGARIEN

Ein Blogger an der Spitze

Der 37-jährige Anwalt Radan Kanjew steuert die Protestbewegung in der bulgarischen Hauptstadt Sofia und macht damit auch politisch Karriere. Kanjew schreibt einen kritischen Blog,

und über seine Facebook-Seite organisiert er die Aufmärsche vor dem Parlament. Seit Monaten gehen dort fast täglich Tausende auf die Straße. Sie werfen der sozialistischen Regierung vor, mit der Mafia verbandelt zu sein. Jetzt hat sich Kanjew mit seiner Kleinpartei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ dem „Reformistischen Block“ angeschlossen, einem Bündnis von sieben rechtsliberalen und grünen Parteien. An seiner Seite steht auch

die populäre ehemalige EU-Kommissarin Meglena Kunewa. Der Reformblock schneidet in Meinungsumfragen schon als drittstärkste Kraft ab. Wann die nächsten Wahlen stattfinden, ist allerdings offen. Premier Plamen Orescharki weigert sich, dem Ruf der Demonstranten zu folgen und zurückzutreten. Allerdings muss sich seine Minderheitsregierung von der rechts-populistischen Ataka-Partei dulden lassen, die als unberechenbar gilt.

CHINA

Das Ein-Kind-Geschäft

Chinas Behörden nehmen durch die Ein-Kind-Politik Milliarden ein – das ergaben Recherchen des Rechtsanwalts Wu Youshui aus Hangzhou. Er vertrat ein Ehepaar, das dreimal gegen die umstrittene Vorschrift verstößen hatte. Für drei ihrer vier Kinder musste die Familie aus der Provinz Henan jeweils zwischen 400 und 600 Euro Strafe zahlen. Die Beamten hätten sie geradezu ermutigt, sagen Wus Mandanten, noch mehr Kinder zu zeugen. „Da war mir klar, dass die Regierung

aus der Ein-Kind-Politik ein Geschäft gemacht hat“, so der Anwalt auf Anfrage, „dagegen wollte ich etwas tun.“ Im Juli forderte er alle 31 chinesischen Provinzregierungen auf zu erklären, wie viel sie 2012 an Strafgebühren für



Familie in Peking

WANG ZHAO / AFP

Kinder eingenommen haben und was sie mit dem Geld tun. Die Behörden sind verpflichtet, solche Anfragen zu beantworten. 17 der 31 Regierungen machten Angaben, allein sie nahmen mehr als zwei Milliarden Euro ein – und keine der Behörden legte offen, wofür sie das Geld verwendet. Laut Vorschrift sind die Strafgebühren zweckgebunden und müssen etwa für den Umweltschutz verwendet werden. Tatsächlich, sagen Kritiker wie Wu, finanziere sich vor allem die Bürokratie, die für die Überwachung der Familien zuständig ist, selbst damit. Die Ein-Kind-Politik hatte bislang, so das Gesundheitsministerium, über 300 Millionen Abtreibungen zur Folge.